

Wilders: Präsident Gül ist nicht willkommen



In 2012 ist es 400 Jahre her, dass die Niederlande und das türkisch-ottomanische Sultanat diplomatische Beziehungen aufnahmen. Die niederländische und die türkische Regierung wollen daran festlich erinnern. Präsident Abdullah Gül ist zu einem Staatsbesuch in unserem Land eingeladen. Es werden zahllose Aktivitäten vorbereitet, die die Türkei in einem positiven Licht darstellen sollen. Im Außenministerium ist dafür sogar eine eigene Kraft angestellt. Diese soll die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ministerien koordinieren.

(Geert Wilders und Wim Kortenhoeven zur geplanten Feier „400 Jahre diplomatische Beziehungen Niederlande – Türkei“ / Erschienen in De Volkskrant vom 19.11.2011)

Was die PVV betrifft, soll Gül in Ankara bleiben und die Festivitäten abgesagt. Es gibt nichts zu feiern. Das islamistische Regime von Gül und seinem Parteigenossen Recep Tayyip Erdogan ist kein wahrhaftiger Freund des Westens und also auch nicht der Niederlande.

Wer weiter schaut als seine Nase lang ist, sieht, dass das türkische Regime des Möchtegern-Sultan Erdogan („would-be-sultan Erdogan“) auch kein Freund von Europa ist und also genau so wenig, wie ironisch, Freund der naiven Europhilen, die die Türkei in die EU aufnehmen wollen. Überall, wohin Erdogan kommt, ruft er die türkischen Immigranten auf, sich

nicht anzupassen. Die Türkei will sich nicht europäisieren, sondern Europa islamisieren.

Die PVV ist bekanntlich kein Befürworter einer EU, die mehr tut als Zusammenzuarbeiten auf wirtschaftlichem Gebiet. Aber die PVV erkennt sehr wohl, dass die europäischen Staaten eine liberal-demokratische Wertegemeinschaft bilden, die in jüdischen, christlichen und humanistischen Traditionen wurzelt. In dieser Gemeinschaft ist kein Platz für eine islamistische Türkei. Der Islam ist fundamental intolerant gegenüber dem Judentum, dem Christentum und dem Humanismus.

Obendrein liegt die Türkei überhaupt nicht in Europa, außer Konstantinopel und Umgebung. Bis auf den heutigen Tag verunstalten in dieser Stadt vier turmhohe Minarette die Hagia Sofia, einst die Mutterkirche des östlichen Christentums. Nach der islamischen Eroberung Konstantinopels wurden Kirchen abgerissen oder in Moscheen umgewandelt. Das war und ist gängige Praxis in Gebieten, wo der Islam sein auf ewig geltendes Eroberungsprogramm wahrgemacht hat. Wer in der Türkei die historischen Fakten anerkennt, riskiert die Verfolgung.

Erst nach dem ersten Weltkrieg wurde die türkische Besetzung Südosteuropas beendet – bis auf Konstantinopel. Während dieses Krieges wurde ein Völkermord an den christlichen Armeniern in der Türkei begangen, wobei es 1,5 Millionen Tote gab. Dieser blutige Dschihad wurde auch entfacht gegen die assyrisch-christlichen und griechisch-orthodoxen Gemeinschaften im asiatischen Teil der Türkei. Das Regime von Gül und Erdogan leugnet diese Völkermorde.

1955 wurde ein Pogrom gegen christliche Gemeinschaften in Konstantinopel begangen. Der türkische Staat hat sich konsequent geweigert, die Verantwortung für all diese Untaten anzuerkennen. Wer in der Türkei die historischen Fakten anerkennt, riskiert die Verfolgung.

Auch in anderen Hinsichten hat die Türkei keinen Platz in der europäischen Wertegemeinschaft, und es gibt keinen Grund für ein Fest. Das Regime von Gül und Erdogan ist dabei, die säkulare türkische Staatsverfassung abzuschaffen und die Türkei zu re-islamisieren. Dieser Prozess geht einher mit einer „Säuberung“ der säkularen Sektoren in der Gesellschaft. Vor allem das Militär, die Bildung und die Medien müssen dran glauben. Tausende Militärangehörige, Politiker, Dissidenten und Journalisten sind festgenommen worden. Inzwischen werden auch Christen in der Türkei aufs Neue diskriminiert und bedroht.

Außerdem hält die Türkei seit 1974 den nördlichen Teil des EU-Mitgliedsstaates Zypern besetzt. Ankara droht sogar mit Strafmaßnahmen gegen die EU, wenn Zypern im Juli 2012 EU-Vorsitzender wird. Es ist unerhört, dass die Niederlande Präsident Gül gerade in dem Augenblick empfangen, in dem sein Land uns bedroht.

Die Türkei verhält sich nicht nur politisch, wirtschaftlich und militärisch aggressiv gegenüber Zypern, sondern bedroht auch Israel, die einzige Demokratie im Nahen Osten. Die Türkei hat einen widerrechtlichen Anspruch auf Öl- und Gasvorräte in den zyprischen und israelischen Wirtschaftszonen im Mittelmeer angemeldet. Wie sich nun herausstellt, wird dabei Shell eingesetzt.

Die Türkei arbeitet zusammen mit der Hamas und steht sich gut mit dem verbrecherischen Regime in Teheran. Die Türkei schlägt gnadenlos in Kurdistan zu und sucht den kurdischen Volksteil in der Türkei durch juristische und polizeiliche Willkür heim.

Es gibt nichts zu feiern zwischen den Niederlanden und der Türkei. Präsident Gül ist nicht willkommen. Den niederländischen Werten ist mit seiner Anwesenheit nicht gedient. Das ist die Botschaft der PVV am Mittwoch in der Auslandsdebatte im Parlament.

(Geert Wilders ist Fraktionsvorsitzender der Partij voor de Vrijheid, Wim Kortenhoeven ist Auslandssprecher der PVV)

Kommentar:

Anders als in den Niederlanden hatte in Deutschland niemand die Courage, so deutliche Worte zur und gegen die Türkei zu finden, als es um die grotesken „Feiern“ zum Jubiläum des Anwerbeabkommens ging. Auch hätte sich vermutlich – wie in den Niederlanden mit der renommierten Volkskrant – keine Zeitung gefunden, die „unpassende“ Meinungen abdruckt. Auf diesem Wege aber wachsen die tönernen Füße, auf denen die Gesellschaft steht, immer weiter in die Höhe, bis der unausweichliche Zusammenbruch alle Lügenkonstrukte wieder zu Boden reißt.

Erinnern wir uns noch kurz:

Die märchenhafte Begehung des Anwerbeabkommens in Deutschland erinnerte fatal an die penetrante Beschwörung der deutsch-sowjetischen Freundschaft in der „DDR“. Die tabuisierte Wahrheit lautet anders: In beiden Fällen waren und sind die Gäste nicht willkommen. Das Anwerbeabkommen mit der Türkei wurde allein auf deren Wunsch und zugunsten deren wirtschaftlicher Entwicklung geschlossen, gegen damals schon schwere deutsche Bedenken. Inzwischen hat die Realität alle Ahnungen von der Integrationsunfähigkeit der Türken bzw. Moslems überstiegen. Die Sozialsysteme werden durch die Zuwanderung mehr be- als entlastet. Das Bildungsverhalten der Türken hier ist nach wie vor katastrophal bei gleichzeitig aber schon verwirklichten Migrantquoten im öffentlichen Dienst, aber hinwiederum inflationär geäußerten Diskriminierungsvorwürfen. Die gescheiterte Islamkonferenz mit dem türkischen Ditib-Fuß in der Tür der deutschen Innenpolitik zeigt, dass der Islam nicht verhandelbar ist und neben der Demokratie steht. Doch wohl merkwürdige Anlässe für Jubel, den es für ungleich besser integrierte Griechen, Spanier und

Italiener nicht gab.

In Wahrheit ist die wirkmächtige Geschichte der Türken in Deutschland eine Geschichte der Missverständnisse und der gegenseitigen Abneigung.

Wo ist der deutsche Wilders, der den Türken die Meinung sagt?

(Übersetzung und Kommentar: Andreas F.)